

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und
0.36 Vierteljährlich, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs
Ausland unter Streifen 1.50 (inkl. Postgeld). Preis der
Einzelnummer 10 Pf. Postkassentonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf.
Schluß der Anzeigen-Mitnahme nachmittags 3 Uhr. Postkassentonto Hannover 67377.

Nr. 49.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 27. Februar 1931.

13. Jahrgang.

**Wäge dreimal dein Wort und siebenmal die Zellen
deiner Handschrift.**

Luther.

Werden die Russen es erreichen?

Von Georg Asmussen.

Ein paar Jahre vor dem Kriege beschloß man in Rußland eine gewaltige Vergrößerung der Kriegsstärke; im eigenen Lande sollten die Schiffe und ihre Maschinen gebaut werden. Man legte große Werften an; sie sollten die besten Einrichtungen erhalten, und in ihnen sollte man einen Stamm von Ingenieuren, Meistern und Arbeitern ausbilden, der westlicher Technik in Rußland weiter die Wege bahnen sollte. Krieg und Revolution kamen dann dazwischen. — Die Sowjetregierung hat diesen Entwicklungsplan der Industrie nicht nur wieder aufgenommen, sondern ihn ins Ungeheure vergrößert.

Nicht nur der Industrie soll diese Entwicklung ins Gewaltige gelten, sondern auch der Landwirtschaft. Wer vor dem Kriege durchs russische Land fuhr, sah neben der Bahn — in der Ebene und über den Höhen hinweg — die langen Reihen der beackerten Streifen, die der Dorfgemeinde, der Mir, gehörten, und dann wieder viel unbebautes und Sumpfland. Nach dem Vorbild Amerikas sollte dort wohl der Traktor sich seinen Weg wühlen; er wird den vielschichtigen Pflug und den Mäh-drescher hinter sich herziehen, und die Ernte wird nicht dem Muschik, sondern der Sowjetrepublik gehören.

Ob man in bezug auf die Landbebauung das Vorbild Amerika erreichen wird? — Es ist keine Frage, daß die Macht haben mit allen Mitteln und Möglichkeiten für die Durchführung des „Fünfjahres-Planes“ — jedenfalls für die Hauptzweige der Industrie — sich einsetzen werden. Aber Rußland ist nicht „das Land der unbegrenzten Möglichkeiten“, wie man Amerika so oft bezeichnet hat. Der französische Botschafter Paléologue, der Land und Leute Rußlands vorzüglich kennenlernte und tiefe Einblicke gewann in die russische Volksseele, vergleicht in seinem Buche „Am Zarenhofe während des Weltkrieges“ Rußland mit Amerika wie folgt:

„Ich glaube nicht, daß zwei große Länder weniger von einander wissen und sich gegenseitig mehr verstehen können, als Rußland und die Vereinigten Staaten. Als menschliche Typen sind der Russe und der Amerikaner Antipoden. Politik, Religion, geistige Kultur, Art der Einbildungskraft und des Gefühlsempfindens, Richtung des Charakters, allgemeine Lebensauffassung, alles trennt sie, bringt sie zu einander in Gegensatz. Der Russe hat nur einen passiven, unstillen Willen. Er entzieht sich jedem inneren Gebote. Er gefällt sich nur in der Träumerei. Der Amerikaner hat einen in der Wirklichkeit lebenden, stetigen Geist, Sinn für Pflichterfüllung, Leidenschaft für strebendes Bemühen und ausdauernde Anstrengung...“ (Band 1, S. 445).

Um zur „Amerikanisierung“ zu gelangen, suchen die russischen Machthaber nun diesen Unterschied im Charakter und in der Veranlagung dadurch auszugleichen, daß sie den „passiven, unstillen Willen“ ausschalten und ihre Untertanen ganz einfach durch die härtesten Maßnahmen zur Arbeit zwingen. Im englischen Oberhause nannte Lord Ponsonby kürzlich diese Methoden „äußerst grausam“, und Lord Newton behauptete, ein jeder Bürger der Sowjetrepublik, der nicht etwa für militärische Zwecke ausgehoben werde, würde zum mindesten für industrielle Zwecke ausgehoben. Nur so sei es möglich — so hieß es —, daß der von der Sowjetregierung monopolisierte Außenhandel Waren (Holz, Getreide) zu Preisen auf den Weltmarkt werfen könne, zu denen sie kein Land mit einer freien Arbeiterschaft zu liefern imstande sei.

Am gleichen Tage, wo diese Sitzung im englischen Oberhause stattfand, berichtete die Telegraphenagentur der Sowjetunion von der Konferenz der Leiter der Industrie, die in Moskau abgehalten wurde, und von einer Programmrede, die Stalin dort hielt. Er sagte u. a.: „Wir sind hinter den fortgeschrittenen Ländern um 50 bis 100 Jahre zurückgeblieben. Wir müssen diese Strecke in 10 Jahren durchlaufen...“

Zu Anfang hatte Stalin gesagt, es seien unbestreitbare Tatsachen, die dafür zeugten, daß objektive Möglichkeiten für die restlose Ausführung des Planes vorhanden seien; zum Schluß heißt es: „Wir haben die Macht ergriffen, wir haben den mittleren Bauern auf den Weg des Sozialismus gelenkt, das vom Gesichtspunkte des Aufbaues aus Allerwichtigste haben wir bereits erreicht. Es bleibt nur noch wenig zu tun: Die Technik zu studieren und uns die Wissenschaft zu eigen zu machen. Sobald wir das erzielt haben, werden wir ein Tempo einschlagen,

von dem wir jetzt nicht zu träumen wagen. Wir werden es schaffen, wenn wir es wirklich wollen werden.“

Es ist aber wahrlich nicht „wenig“, sich in der erwähnten kurzen Zeit Technik und Wissenschaft so zu eigen zu machen, daß der Vorsprung der fortgeschrittenen Länder von den Russen eingeholt wird, zumal auch im Westen das Rennen weitergeht — Es mühte also ein geradezu unheimliches Tempo sein, das Rußland einschlägt. — Wird man das können?

Es wird angebracht sein, hier wieder eine Stelle aus Paléologues Tagebuchblättern anzuführen. Es war im September 1916, als er einer Sitzung beizuwohnte, wo von berufenen Männern die Fragen erwogen wurden, wie es möglich sei, dem bedrängten Rumänien zu helfen. „Wir debattieren in den Nebel hinein“, heißt es, denn die Angaben über das Transportprogramm waren ungewiß, die Fristen ungenügend, die Anschlüsse problematisch usw. — Er fährt dann fort: „Natürlich macht sich diese Unfähigkeit, die zeitlichen Bedingungen der Tatsachen zu erfassen, bei den Ungebildeten, aus welchen die Masse besteht, noch fühlbarer. Und das ganze wirtschaftliche Leben des russischen Volkes ist dadurch gehemmt.“

Diese Erscheinung läßt sich übrigens sehr leicht erklären, wenn man annimmt, daß die genaue Zeitvorstellung nichts anderes ist als eine geordnete Reihenfolge unserer Erinnerungen und Pläne, eine Zusammenfassung unserer inneren Vorstellungen, ein Anhaltspunkt für unsere gegenwärtige Lage. Und dieser Anhaltspunkt ist bei den Russen meistens schwankend oder verschwommen, weil ihre Auffassung der Wirklichkeit nie sehr klar ist, weil sie ihre Empfindungen und Gedanken nie scharf umschreiben, weil ihre Fähigkeit der Aufmerksamkeit schwach ist, schließlich, weil ihre Ueberlegungen und Berechnungen fast immer mit Träumerei verquittet sind.“ (Band 2, Seite 196).

Dazu möchte ich bemerken: Gewiß gibt es in Rußland kluge Menschen, hervorragende Mathematiker, wissenschaftlich gebildete Ingenieure. Ich habe mit solchen zusammengearbeitet. Aber zur Schaffung einer hochentwickelten Industrie gehört mehr. Wir sind — wie Stalin sagt — den Russen hierin 50 oder 100 Jahre voraus. Der westliche Ingenieur hatte Vorbilder, er ist hineingewachsen in diese Technik. Viele hatten von den Vorjahren Trieb und Fähigkeit zum technischen Schaffen ererbt. In Rußland fehlt das und es fehlt an führenden Männern, denen das „im Blut liegt.“

Das kommt hinzu zu dem, was Paléologue als grundlegende russische Charaktereigenschaften anführt, und das alles spielt eine äußerst wichtige Rolle bei der Durchführung des Fünfjahres-Planes. — Man soll die Russen nicht unter schätzen; sie selbst sollen sich aber nicht über schätzen. — Und wenn man manche ihrer Reden liest, dann denkt man an das russische Sprichwort: „Luchse schrumpfen ein, Worte noch mehr.“

Recht und Gesetz.

(Gedanken eines Laien zur Reform des Strafrechtes.)

Auf dem Juristentag in Salzburg prägte der Justizminister Dr. Koch das Wort: „Das Recht muß mit Volksgeist und das Volk mit Rechtsgeist erfüllt werden.“ Es muß also an beiden mangeln, sowohl an Volksgeist im Recht, wie an Rechtsgeist im Volk. Das ist ein schwerer Vorwurf, der von berufener Seite gegen das „bestehende“ Recht geschleudert wird. Wenn es ideal wäre, würde man nicht an eine Reform denken. Die Rechtsprechung war immer und wird immer etwas Menschliches sein und ist darum mit Fehlern und Mängeln behaftet. Das Recht ist göttlich, ewig und unabänderlich. Es ist um so lebendiger im Menschen, je mehr er von Gottes Geist erfüllt ist. Wenn Dr. Koch also Volksgeist im Recht verlangt, so kann es nur dieses „innere“ Gesetz des Menschen sein, das in der Rechtsprechung Geltung finden soll. Ist das der Fall?

Der Richter R. A. Arnold Wagemann schreibt in der Zeitschrift „Deutscher Kulturwart“ (Nr. 11, Jahrg. 1929, Halle, Rostock): „Der Mangel der Billigkeit in den Urteilen der Justiz ist in so bedrohlicher Weise gewachsen, daß der gesund empfindende Deutsche sich mit Abscheu vor diesem Trugbild des Rechts abwendet und jede Verhütung mit ihm meidet als das Widerwärtigste, was ihm begegnen kann.“ Wir ist ein Fall bekannt, bei dem der Richter dem Rechtstuchenden erklärte: „Sie gehen immer von ihrem Recht aus. Es kommt nicht darauf an, was recht ist, sondern was dem Gesetz entspricht.“ Das ist ein aus dem Römischen Recht entnommener Standpunkt, der als Recht erklärt, was im Gesetz steht, also Recht und Gesetz gleichstellt. Nun ist aber das Recht, wie oben schon dargestellt, dem Menschen von Gott als Keim in die

Wiege gelegt, etwas, das mit der Gotteserkenntnis der menschlichen Gesellschaft gewachsen ist, kosmisch-organisch. Das Gesetz dagegen ist willkürlich aufgebaut, das Resultat einer jeweiligen Machtgruppierung, und kann darum das größte Unrecht decken. Man braucht dabei nicht an die Willkürakte selbstherrlicher Machthaber zu denken, denn auch im demokratischen Staat der Welt, im Volksstaat Deutschland ist der Willkür kein Niegel vorgeschoben. Im Gegenteil. Die Zeit nach der Revolution hat die Kluft zwischen Recht und Gesetz erschreckend weit aufgerissen. Es sei nur erinnert an das Gesetz: Mark ist gleich Mark, das der republikanische Staat zwar als Erbe des kaiserlichen Regimes übernahm, ohne aber, wie das Rechtsempfinden des Volkes es verlangte, es unwirksam zu machen. Er hat im Gegenteil mit diesem Erbe gewuchert, daß zuletzt den Sparern, Gehalts- und Lohnempfängern Hören und Sehen verging. Ein Halt wurde erst geboten, als die Revolution, die Auflehnung gegen dieses „Recht“ vor der Tür stand. Die Regierung und die Volksvertreter der Inflation werden sich von dem Vorwurf nicht reinwaschen können, die Vertreter der Gerichtsbarkeit durch Gesetz gezwungen zu haben, das Recht zu nennen, wodurch gar oft der Redliche unter die Füße getreten und der Schurke geschützt wurde. Kann man sich da wundern, wenn jegliches Vertrauen zur Justiz schwand, wo Treu und Glauben täglich enttäuscht wurden? Es mußte so kommen, weil es an der Grundlage, auf der Verträge abgeschlossen, Leistungen ausgetauscht werden konnten, einer stabilen Währung, je stärker das Tauschmittel Geld gefälscht ist, desto unsicherer ist die Rechtsgrundlage. Jede Inflation, Preissteigerung, verschiebt die Rechtsgrundlage zugunsten der Sachwertbesitzer und Gläubiger, jede Deflation, Preisenkung, wirkt sich als unredelmäßige Bereicherung der Geldbesitzer aus. Nun haben wir in Deutschland, wie allgemein bekannt ist, auch nach der Stabilisierung unserer Währung keinen festen Preisstand. So wurde die mit der Befoldungsreform von 1927 verbundene Gehaltserhöhung der Beamten damit begründet, daß die Preise seit 1924 gestiegen seien. Tatsächlich war der Großhandelsindex von 120 auf 150 heraufgegangen. Im letzten Jahr konnte man eine gegenteilige Tendenz der Preise feststellen, der Index sank. Die stabile Währung hat also auch nicht verhindert, daß stets in Teil des Volkes sich ein Teil seines Einkommens und Vermögens betrogen fühlte. Die Bodenreformer haben versucht, in der Wertzuwachssteuer einen Teil unberechtigter Gewinne zu erfassen und dem Volksganzen zugute kommen zu lassen. Sie haben aber die Währung unberücksichtigt gelassen und dabei trotz der ehrlichsten Absicht, eine Quelle zu neuem Unrecht geschaffen, denn nicht jede Preissteigerung ist ein Wertzuwachs, sonst hätten alle Deutschen von 1923 sich Multimilliardäre nennen dürfen. Ein Grundstück, das von 1924 bis 1927 von 40 000 auf 50 000 Mark im Preise gestiegen ist, hat, am allgemeinen Preisstand gemessen, an Wert keinen Pfennig zugenommen.

Einen wirklichen Rechtszustand kann man also nur schaffen, wenn man neben einer Bodenreform eine Währungsreform vornimmt; dergestalt, daß die Preise fest werden. Erst dann wird man vom Volksgeist im Recht reden können.

Man muß also Dr. Koch im ersten Punkt recht geben. Mangel es nun auch an Rechtsgeist im Volke? Das Wort Jesu: „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst und Gott über alles“ ist die erste Voraussetzung für jedes geordnete Zusammenleben einer Gesellschaft. Das Ideal eines Volksstaates ist erst erreicht, wenn jeder sich dem höheren Bedürfnis der sozialen Notwendigkeit fügt. Das Recht des einzelnen findet seine Grenze im Recht der Gesamtheit. Selbst sog. primitive Völker huldigen diesem Grundsatz. Schwankend sind die europäischen Völker erst geworden, wenn sie zur Geldwirtschaft übergingen. Das natürliche Rechtsempfinden reicht nicht mehr aus, die Verwirrungen zu lösen, die der Geldverkehr mit sich brachte. Darum sah man nach einem geschriebenen, einem „gesetzten“ Recht aus. Man erkannte neben den Vorzügen auch die Nachteile, die das Geldwesen mit sich brachte, und suchte sich durch Gesetze zu schützen. Je mehr die arbeitsteilige Wirtschaft durch das Geld gefördert wurde, umso stärker wuchs die Abhängigkeit der Arbeit von dem Geldbesitzer. Solon sah darum die Lösung der sozialen Frage in Maßnahmen gegen den Geldbesitz. Er hatte aber nur vorübergehenden Erfolg, weil er am Geldwesen nichts änderte. Alle Kulturvölker, z. B. Griechen, Römer, Germanen lehnen anfangs den Zins als dem natürlichen sittlichen Empfinden widersprechend ab. Aristoteles schon erklärte den Zins für einen unnatürlichen Gewinn, da das Geld seiner Natur nach unfrucht-

bar sei. Im Mittelalter verbot das kanonische Recht das Zinsnehmen und fand die Unterstützung der weltlichen Gesetzgebung. Mit welcher heiligem Zorn hat Luther gegen Zinsnehmen geschrieben: „Fürwahr, es muß der Zinskauf ein Zügel und Anzeichen sein, daß die Welt mit schweren Sünden dem Satan verkauft sei.“ „Wer also leiheth, daß er besseres und mehr wiedernehmen will, — das ist ein öffentlicher und verdamnter Wucher.“ So ließen sich die Zeugnisse gegen den Zins bis in die Gegenwart fortsetzen. Nur einer soll noch zu Worte kommen: Leo Tolstoi. Er schreibt: (Das Geld) „Die Coupons sind Repräsentanten der Arbeit. Sehr schön. Aber der Arbeit wessen? Offenbar doch nicht dessen, der sie besitzt, sondern dessen, der arbeitet.“ Der Zins muß da aufhören, wo keiner das Geld des andern braucht. Die Notlage derer, die das Geld bedürfen, und das Eigentumsrecht derer, die das Geld besitzen, sind die wahren Ursachen aller Renten. Wer Zins nimmt, erntet, wo er nicht gesät hat. Der Handwerker, Arbeiter usw., der 10 Prozent für geliehenes Geld zahlen muß, hat den zehnten Teil seines Arbeitsertrages an den Gläubiger abzugeben. Wie klar haben Luther, die Kirchenväter und viele wahren Volksfreunde der Neuzeit das darin steckende Unrecht gesehen. Aber leider predigten sie tauben Ohren. Die Mehrheit des Volkes hat das Gefühl für die in der Zinswirtschaft liegende Unmoral verloren, hat sich ein Anrecht auf fremden Arbeitsertrag aufschwanken lassen. So hat sich eine große innere Unwahrheit unseres wirtschaftlichen Denkens bemächtigt. Wer daraus den Vorteil zieht, beweist eine Aufstellung des statistischen Reichsamt über die Vermögenssteuerveranlagung. Danach sind zur Vermögenssteuer 2,6 Millionen Steuerpflichtige veranlagt. Der große Rest des deutschen Volkes ist vermögenslos. Wie verteilt sich nun dieses Vermögen auf die Vermögenden? 40 Prozent haben weniger als 10 000 Mark, bei 41 Prozent liegt es zwischen 10 000 und 30 000 Mark, annähernd 15 Prozent besitzen ein sogenanntes mittleres Vermögen von 30 000 bis 100 000 M., 4 Prozent erfreuen sich eines Vermögens von 100 000 bis 1 000 000 Mark, das sind 106 436 Personen und nur 7 300 Vermögenssteuerepflichtige gibt es, die über 1 Million RM ihr eigen nennen. Das ist auf die Kopfzahl umgerechnet etwa 0,01 Prozent, während die 106 436 der vorigen Gruppe 0,17 Prozent ausmachen. Man bedenke, daß auch die Vermögenden nicht nur Zinsgenießer, sondern auch Zinszahler sind. In jeder Ware steckt der Zins nicht einmal, sondern klebt auf dem Wege von der Erzeugung zum Verbrauch immer wieder daran. Regierungsrat Dr. Völle schätzt die Verleerung der Ware durch den Zins im Durchschnitt auf die Hälfte des Preises. Es kann also nur der am Zins interessiert sein, der diese Ueberverleerung seines Lebensunterhalts durch Zinsgenuß nicht nur wettmachen, sondern übertreffen kann, und das ist wohl nur bei den drei letzten Gruppen der Fall. Zählt man je Kopf dieser Steuerzahler noch drei Familienmitglieder, so ergibt das erst eine Zahl von rund 2 015 000 oder 3,15 Prozent der Bewohner Deutschlands. Nach Helfferich („Deutschlands Volkswohlstand 1888 bis 1913“) beanspruchte der Zinsendienst im Jahre 1913 die Hälfte des deutschen Volkseinkommens und heute sind die Verhältnisse eher ungünstiger als besser d. h., das Einkommen aller Schaffenden wird um die Hälfte durch den Zins gekürzt oder würde bei gleicher Arbeitsleistung doppelt so hoch sein als heute, wenn der Zins beseitigt wäre. Bedenkt man außerdem, daß der hohe Zins heute die Ursache der Erwerbslosigkeit ist, daß er Millionen das Recht auf Arbeit vorenthält, so muß man den Zins als den Angelpunkt der ganzen sozialen Frage erkennen. An dieser Sünde muß unsere Gesellschaft zugrunde gehen. Der Zins widerspricht jeder natürlichen und göttlichen Ordnung. Jede Unnatur rächt sich aber an denen, die diese zulassen. Darum sollte jeder ehrliche Christ die anerkannte Unnatur bekämpfen und dem Recht zum Siege verhelfen. Es gilt, das Volksgewissen zu schärfen und

den Zins als das zu erkennen, was er ist: ein Volksbetrug. Einen Rechtsstaat stellen wir erst dar, wenn das Fundament des Wirtschaftslebens, das Geld, so gestaltet ist, daß es eine „Währung“ im vollsten Sinne des Wortes bedeutet, also keinen Schwankungen mehr unterliegt, daß der Zins und damit das arbeitslose Einkommen schwindet. Alle Reformen des Rechtswesens müssen scheitern, die an einer Geldreform vorbeigehen. Nur so kann sich die Kluft zwischen Recht und Gesetz schließen, kann wahrer Friede angebahnt, wahrem Christentum die Tore geöffnet werden. „Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon.“ J. Nielsen.

Sezession.

Die Bilanz seit dem 14. September 1930.

In Nr. 208 vom 5. Sept. 1930 des „Aufwärts“ schrieb ich unter dem Titel „Ideen und Parteien“ von den Nationalsozialisten: „Wo es sich um Tod und Leben dreht, mögen sie am Platze sein. In unserer Innenpolitik wird es sich hoffentlich nie um Tod und Leben drehen. Auf dem glatten Parkett des parlamentarischen Lebens werden sie aber wohl früher oder später ausgleiten, wenn auch bestimmt nicht, ohne viel Wertvolles und Heißes vorher geschaffen zu haben.“ Im folgenden will ich nun versuchen, meine Prophezeiung mit den Tatsachen zu vergleichen.

Damals war die ganze Größe des nationalsozialistischen Erfolges noch nicht ersichtlich. Der 14. September war ein Markstein der Weltgeschichte seit 1918. Er war ein Ereignis, an dem alle Gutesinnigen eine reine und ungetriebene Freude haben konnten. Das Ausland reagierte sofort und stark: Lord Rothermere in England, Hervé in Frankreich, von Italien ganz zu schweigen. Lord Rothermere und Hervé revidierten ihre Stellung gegenüber Deutschland von Grund aus. Das waren die guten Früchte des Wahlsieges der Nationalsozialisten.

Die Kernfrage war, wie sie sich zur Regierung Brüning stellen würden. Brüning und Hitler hüllten sich wochenlang in abwartendes Schweigen. Die Situation war äußerst unklar. Brünings Programm der Sachlichkeit war nur vom Standpunkt der Youngplanseinde angreifbar, die unsere Zahlungsunfähigkeit beschleunigen wollten. Die Wähler hatten am 14. September nicht gegen Brüning, sondern gegen alle seine Vorgänger seit 1918 gestimmt. Darin liegt eine Tragik für Brüning und Hitler. Hitler will „Ordnung schaffen“ und kann es nur gegen eine Regierung, die (auf andere Art) dasselbe will. Wäre Hitlers Erfolg doch früher gekommen! Nichts Herrlicheres könnte man sich vorstellen. Aber der Stil der deutschen Geschichte ist immer tragisch gewesen, im Gegensatz zum englischen heroischen, zum französischen lustspielhaften, zum russischen religiösen Stil.

Als der Reichstag zusammentrat, mußten die Nationalsozialisten etwas tun, das ihre Wähler belohnte. Sie verlegten sich auf dasjenige Gebiet, das am meisten fachmännische Kenntnisse verlangt, die so junge Parlamentarier unmöglich haben konnten, auf die Wirtschaft. Man mag über „Enteignung der Börsenfürsten“, „Brechung der Zinsnechtheit“, „Höchstzinsgesetz“ und dergl. denken wie man will. Ihr guter Wille ist unbestreitbar und vor 10 Jahren erlebten wir schon einmal das Schauspiel, wie eine plötzlich groß gewordene Partei wirtschaftlich umlernen mußte. Bedenklich war es jedenfalls, als Hitler kurz nach der Reichstagseröffnung in einer Rede in Weimar erklärte: „Die Wirtschaft kann niemals unsere Rettung sein, denn sie ist der Grund unseres Unglücks.“ Ebenso hätten Mosdorer Bergleute erklären können: „Die Rauschheit (und ihre Erforschung) kann niemals unsere Rettung sein, denn sie war irgendwie der Grund des großen Unglücks.“ Die Wirtschaft läßt sich brauchen wie man will, oder sie geht über einen hinweg. Womit ich weder behaupten will, daß sie allein unsere „Rettung“

sei, noch ihre absolute Eigengesetzlichkeit (ihre Eigengesetzlichkeit ist nicht da, sobald man nur ihre Gesetze beachtet!) vertrete! — Im übrigen machte das allgemeine Verhalten der Nationalsozialisten die Kommunisten fast launfähig.

Reichskanzler Brüning ging seinen Weg, den Weg der Sachlichkeit, unbeirrbar weiter. Einen sichtbaren Erfolg hatte Curtius in Genf. Im Inneren fehlten sichtbare Erfolge. Das liegt aber in der Natur der Dinge. Wenn man an seinen Vorgänger zurückdenkt, ist es schon ein Erfolg, daß wir bis heute in Ordnung durch alle Klippen der Weltwirtschaftskrise hindurchgekommen sind. Man kann das zwar auch von dem Standpunkt aus kritisieren: je eher die Youngkrise kommt, desto besser. Aber Energie, Mut, Verantwortungsfreude, taktisches Geschick, kurz: „Führertum“ muß man unserem jetzigen Reichskanzler unbedingt zuerkennen. Aber die Nationalsozialisten bekämpfen in ihm das System. Hier soll festgestellt werden, daß Gutes und Schlechtes bei ihm innig vermischt sind, daß er auch von Gegnern Achtung verdient, daß seine Ziele, wenn man auch anders denken kann, entschieden hoch sind.

Im Dienst dieser hohen Ziele hat er nun die Geschäftsordnung des Reichstages verändern lassen. Die Veränderung geschah zu Ungunsten der Obstruktionspläne der Rechtsopposition, daher warf sie sich zum Güter der alten Geschäftsordnung auf, deren Innehaltung bei der Löblichkeit sie nicht genug verdammten konnte. Die Konsequenzen, die sie zog, waren so stark, daß eine eingehende Untersuchung dieser Veränderungen mit der Frage, ob solche Konsequenzen nötig waren, wohl lohnt.

Die einzelnen Änderungen waren in einem Antrag zusammengefaßt, der folgenden Wortlaut hatte:

„Der Reichstag wolle beschließen, die Geschäftsordnung wie folgt zu ändern:

1. Sinter § 48 wird folgende neue Vorschrift eingefügt: § 48a: Finanzvorlagen.

Finanzvorlagen werden vom Präsidenten des Reichstages unmittelbar nach Anhörung des Ältestenrats dem zuständigen Ausschuss und dem Haushaltsausschuss oder nur dem Haushaltsausschuss überwiesen, wenn nicht die Reichsregierung einer abweichenden Behandlung zustimmt.

Finanzvorlagen sind alle Vorlagen der Reichsregierung und alle Anträge von Mitgliedern des Reichstages, die in der Hauptsache bestimmt, oder in erheblichem Umfang geeignet sind, für die Gegenwart oder die Zukunft auf die öffentlichen Finanzen einzuwirken, also namentlich solche, die die Haushaltsentnahmen oder -ausgaben, das Vermögen, die Schulden oder Bürgschaften, die Steuern, Abgaben und Gebühren, sonstigen Aufwand für öffentliche Zwecke, sowie die Haushaltsrechnungen und Berichte des Rechnungshofes über alle diese Gegenstände betreffen. In Zweifelsfällen entscheidet der Präsident des Reichstages endgültig, ob es sich um ein Finanzgesetz handelt.

Ein Antrag von Mitgliedern des Reichstages, der eine Finanzvorlage darstellt und eine Ausgabenerhöhung oder eine Einnahmensenkung zum Gegenstande hat, wird nur zusammen mit dem dazugehörigen Titel des Haushaltsplanes und nur dann beraten, wenn er mit einem Ausgleichsantrag zu ihrer Deckung verbunden ist.

Als Deckung im Sinne dieser Bestimmungen gilt eine anderweitige Schätzung von Einnahmen oder Ausgaben nur dann, wenn die Reichsregierung sie als richtig anerkannt hat. Antrag und Ausgleichsantrag bilden für Beratung und Abstimmung einen einheitlichen, nicht teilbaren Antrag.“

2. Im § 54 wird der Absatz 2a durch folgende Bestimmung ersetzt:

„Ein Antrag, der feststellen will, ob der Reichskanzler, die Reichsregierung oder einzelne Mitglieder

Albert Schweitzer. Zwischen Wasser und Urwald *).

Professor Albert Schweitzer, D. theol., Dr. phil., Dr. med., zuletzt Universitätslehrer in Straßburg im Elsaß, daneben Orgelkünstler und Bachforscher, zählt fraglos zu den unsterblichen Persönlichkeiten der Gegenwart. Er wurde 1875 als Pfarrerssohn in Kayserberg im Oberelsaß geboren. Nach anfänglichen philosophischen und theologischen Studien widmete er sich dem Studium der Medizin und ging kurz vor dem Kriege (1913) erstmalig als Missionsarzt ins Äquatorialgebiet Afrikas, wo jeder zweite Mensch krank ist. Die Eingeborenen nannten ihn wie alle ihre Medizinmänner Oganga, d. h., Fetischmann. Seit dem Herbst 1929 ist Schweitzer zum dritten Male in Afrika, um sich dem freiwilligen Dienst an den leidenden Schwarzen hinzugeben. Auf pekuniär gesicherte Stellungen, auf die vielseitige akademische Laufbahn und auf seine geliebte Orgelmusik, die ihm gleichsam zum täglichen Brot geworden war, glaubte er zugunsten seiner ärztlichen und seelsorgeartigen Missionstätigkeit verzichten zu sollen.

Wir haben es bei Albert Schweitzer in der Tat mit einer ebenso eigenartigen wie einzigartigen Persönlichkeit zu tun, die es wohl verdiente, daß sich der moderne Mensch einmal näher mit ihr befaßt. Auf allen von Schweitzer durchforschten weltwirtschaftlichen Gebieten der Wissenschaften, sei es der Philosophie, der Theologie, der Musik, der Medizin, ist er zu Hause. Befasste er sich als Philosoph vornehmlich mit kulturphilosophischen Fragen, so hat er als Theologe namentlich auf neutestamentlichem Gebiete eingehende Studien getrieben. Als Forscher und Schriftsteller hat er in den verschiedenen

Disziplinen eine fruchtbare Tätigkeit entfaltet. Sein großes, in drei Sprachen überarbeitetes Werk über Johann Sebastian Bach, den Thomaskantor in Leipzig, genießt Weltruf.

Wie kam es, daß dieser bedeutende, in der wissenschaftlichen Welt zu den größten Hoffnungen berechtigte Mann alle Ehrenstellungen in der zivilisierten Gesellschaft verschmähte, um das Kreuz eines einsamen Lebens des Dienstes an den „zwischen Wasser und Urwald“ vegetierenden Negervölkern Äquatorial-Afrikas zu erwählen? Auf diese nur allzu berechtigte Frage lassen wir Albert Schweitzer selber die Antwort geben: „Ich hatte von dem körperlichen Elende der Eingeborenen des Urwaldes gelesen und durch Missionare davon gehört. Je mehr ich darüber nachdachte, desto unbegreiflicher kam es mir vor, daß wir Europäer uns um die große humanitäre Aufgabe, die sich uns in der Ferne stellt, so wenig bekümmern. Das Gleichnis vom reichen Mann und vom armen Lazarus schien mir auf uns geredet zu sein. Wir sind der reiche Mann, weil wir durch die Fortschritte der Medizin im Besitze vieler Kenntnisse und Mittel gegen Krankheit und Schmerz sind. Die unermesslichen Vorteile dieses Reichtums nehmen wir als etwas Selbstverständliches hin. Draußen in den Kolonien aber sitzt der arme Lazarus, das Volk der Farbigen, das der Krankheit und dem Schmerz ebenso wie wir, ja, noch mehr als wir unterworfen ist und keine Mittel besitzt, um ihnen zu begegnen. Wie der Reiche sich aus Gedankenlosigkeit gegen den Armen vor seiner Tür verblindete, weil er sich nicht in seine Lage versetzte und sein Herz nicht reden ließ, also auch wir.“

Von diesen Gedanken auf tiefste bewegt, beschloß Schweitzer bereits 30 Jahre alt, Medizin zu studieren und draußen die Idee in der Wirklichkeit zu erproben. Anfang 1913 erwarb er den medizinischen Doktorgrad. Im Frühling desselben Jahres fuhr er mit seiner Frau, die die Krankenpflege erlernt hatte, an den Ogowe in

Äquatorial-Afrika, um dort seine Wirklichkeit zu beginnen. Bemerkenswert ist, mit welchem tiefen Ernst und hohen sittlichen Verantwortungsgefühl Albert Schweitzer an die Ausführung seiner Idee heranging. Die Mittel für sein Werk brachte er in der Hauptsache dadurch zusammen, daß er den Erlös aus seinem Buch über Bach und aus Orgelkonzerten hergab.

Schweitzer huldigt der Anschauung, daß seine Aufgabe überkonfessionell und international sei. Er ist von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die humanitären Aufgaben in der Welt dem Menschen als solchem, nicht als dem Angehörigen einer bestimmten Nation oder Konfession nahegebracht werden müssen.

Der Schauplatz seines Wirkens ist die Missionsstation Lambarene am Ogowe in Äquatorialafrika. Der Ogowe ist ein etwa 1200 Kilometer langer nördlicher Parallellauf des Kongo. Infolge des in jenem Gebiete herrschenden Tropenklimas — Tag und Nacht schwankt die Temperatur zwischen 25 und 35 Grad Celsius — halten es die wenigen dort lebenden Weißen (Beamte, Missionare, Kaufleute) immer nur einige Jahre aus, um dann vorübergehend in Europa Erholung zu suchen.

Die ehemals mächtigen und gefürchteten Eingeborenenstämme jener Gegend sind durch Sklavenhandel und unter dem vernichtenden Einfluß des Alkohols (Schnaps) erheblich zusammengeschmolzen. Von dem Stamm der Orungu, die das Ogowe-Delta bewohnen, ist fast nichts mehr übrig. Von den Goloas, denen das Gebiet von Lambarene gehörte, sind höchstens noch 80 000 vorhanden. In die so geschaffene Leere drängen sich vom Innern her die von jeglicher Kultur noch unberührten anthropophagen Fays (auf französisch „Bahouins“ genannt). Wären die Europäer nicht rechtzeitig dazwischen getreten, so hätte dieses Kriegervolk die alten Regentümer der Ogowe-Niederung längst aufgefressen.

Zeissend sind die Schilderungen, die Albert Schweitzer über seine ersten Eindrücke beim Betreten oder besser

*) Unter diesem Titel erzählt Albert Schweitzer seine Erfahrungen und Beobachtungen als Missionsarzt im Urwaldgebiete Äquatorial-Afrikas (19.—25. Tausend — 1923 — Verlagsbuchhandlung Richard Walthers in Konstanz i. Baden).

ihre Eigenge-
se Gesehe be-
as allgemeine
munisten ja-
den Weg der
baren Erfolg
sichtbare Ge-
e. Wenn man
on ein Erfolg
Klippen der
d. Man kann
aus kritische-
besser. Aber
ches Geschich-
higen Reichs-
ationalsozialli-
oll festgestellt
in innig ver-
ung verdient
Denken kann,
nun die Ge-
lassen. Die
Obstruktion-
sich zum Hü-
Innehaltung
n konnte. Die
daß eine ein-
gen mit der
wohl lohnt.
einem Antrag
hatte:
Geschäftsord-
rschrift einge-
fidenten des
Des Kellerten-
n Haushalts-
fuß überwie-
er abweichen-
r Reichsregie-
des Reichs-
er in erhebli-
genwart über
einen einzuwir-
schaftseinnah-
Schulden oder
Gebühren,
ke, sowie die
Rechnungs-
ten. In zwei-
Reichstages
handelt.
Reichstags, der
Ausgabenverhö-
Gegenstände
hörigen Titel
ten, wenn er
Deckung ver-
nungen gilt
en oder Aus-
nung sie als
gleichsantrag
einen einheit-
folgende Pe-
der Reichs-
te Mitglieder
ankheit zu be-
tiefen Ernst
fühlt. Albert
heranging.
r Hauptfächer
seinem Buch
eine Aufgabe
ist von der
nitären Auf-
em, nicht als
n oder Kon-
missionsstation
afrika. Der
er nördlicher
nem Gebiete
schonakt schwa-
ffusius — hal-
Beante, Miß-
re aus, um
fuchen.
n Eingebore-
nhandel und
als (Schnaps)
Stamm der
ist fast nichts
Gebiet von
000 vorhan-
sich vom In-
unberührten
shouins“ ge-
g das zwischen
alten Regere-
essen.
rt Schweitzer
oder besser

der Reichsregierung das nach Artikel 54 der Reichs-
verfassung erforderliche Vertrauen besitzen oder nicht,
darf nur in der Fassung eingebracht werden:
„Der Reichstag entzieht dem Reichskanzler (der
Reichsregierung, dem Reichsminister) das Vertrauen.“
Anträge nach Artikel 54 der Reichsverfassung kön-
nen nur in der Vollversammlung gestellt werden.“
3. § 55 erhält folgende Fassung:
„§ 55. Interpellationen an die Reichsregierung
sind dem Präsidenten schriftlich einzureichen. Sie müs-
sen knapp und sachlich gefaßt und von dreißig Mit-
gliedern unterzeichnet sein. Sie dürfen nur die Tat-
sachen enthalten, die zur Kennzeichnung der gewünsch-
ten Auskunft notwendig sind. Interpellationen, durch
deren Inhalt der Tatbestand einer strafbaren Handlung
begründet wird oder die parlamentarisch unzulässige
Wendungen oder über die Angabe des Sachverhalts
hinaus eine Beurteilung enthalten, sind unstatthaft.“
Der Präsident hat Interpellationen, die gegen die
vorstehenden Bestimmungen verstoßen, zurückzuweisen.
Ueber eine Beschwerde gegen die Entscheidung des
Präsidenten entscheidet endgültig der Kellertenrat.
Die Unterzeichneten gelten als Interpellanten, so-
weit sie nicht als Unterstützer gekennzeichnet sind.“
4. Im § 60 erhalten die beiden letzten Sätze fol-
gende Fassung:
„Sie müssen von 15 Mitgliedern unterstützt sein. Im
übrigen gelten die Bestimmungen des § 55 Abs. 1
und 2.“
5. Im § 90 ist folgender neuer Absatz hinzuzufügen:
„Ein Redner, dem das Wort entzogen ist, kann es
in der gleichen Sitzung nicht wieder erhalten.“
6. Im § 105 erhält der erste Satz folgende Fassung:
„Namentliche Abstimmung muß erfolgen, wenn 50
anwesende Mitglieder es nach dem Aufruf des Gegen-
standes der Tagesordnung bis zur Eröffnung der Ab-
stimmung beantragen.“
Zu 1: Dieselben Prinzipien gelten in der englischen
Parlamentspraxis schon immer und sind eigentlich selbst-
verständlich. Man wundere sich, daß diese Lücke in der
Geschäftsordnung erst jetzt geschlossen wird!
Zu 2: An dieser Geschäftsordnungsänderung sind die
Nationalsozialisten mit ihrem Vertrauensantrag selbst
schuld. Wenn sie den Sinn der Geschäftsordnung mit sol-
chen Taschenspielerkunststücken in sein Gegenteil verkeh-
ren, brauchen sie sich nicht zu wundern, wenn der Sinn
der Geschäftsordnung durch Veränderung des Wortlauts
selbst durch Taschenspielerkunststücke (wovon hier
nicht die Rede sein kann) wiederhergestellt würde.
Zu 3: Sachlichkeit ist heute in der Politik keine
Selbstverständlichkeit, sondern die Ausnahme. Selbst-
verständlichkeit ist die Propaganda. Jede Einschränkung
dieses Tatbestandes ist aufs lebhafteste zu begrüßen. Die
Gegner solcher Einschränkungen bringen sich in den Ver-
dacht der Propaganda als Selbstzweck.
Zu 4: Die Milderung soll die Obstruktionsmöglichkei-
ten einschränken. Der Opposition wird man immer das
Recht der Obstruktion lassen müssen, dementsprechend
aber auch der Mehrheit das Recht zu ihrer möglichsten
Einschränkung.
Zu 5: Es ist ein Skandal, daß ein solcher Paragraph
überhaupt nötig ist. Solange es möglich ist, daß ein Ab-
geordneter sich ungehörig benimmt, ohne sich lebensfä-
hlich moralisch zu vernichten, verdient das Parlament die
Achtung, die es heute besitzt.
Zu 6: Es gilt daselbe wie zu 4.
So sieht die Veränderung der Geschäftsordnung aus!
Punkt 1—3 und 5 sind Selbstverständlichkeiten, über die
überhaupt kein Wort zu verlieren sein sollte. Punkt 4
und 6 trifft die Obstruktionsfreiheit, also verständlich,
beim Befahren des Urwaldgebietes mit dem Flußboot
gibt. „Wasser und Urwald“, so ruft er aus. „Es ist uns,
als ob wir träumten. Vorfinstliche Landschaften, die
wir als Phantasiezeichnungen irgendwo gesehen, werden
lebendig. Man kann nicht unterscheiden, wo der Strom
aufhört und das Land anfängt. Ein gewaltiges Fels-
werk von Wurzeln, von Lianen überkleidet, dazwischen
Laubbäume mit grünendem Gezweig und mächtigen Blät-
tern, vereinzelt hochragende Bäume, weite Felder über-
mannshoher Papyrusstauden mit großen fächerartigen
Blättern, in dem üppigen Grün erstorbene Bäume, ver-
modert zum Himmel emporragend... Aus jeder Rich-
tung blitzen Wasserpfähle entgegen; an jeder Biegung
tun sich neue Flußarme auf. Ein Reiter fliegt schwer-
fällig auf und läßt sich auf einem erstorbenen Baume
nieder; blaue Vögelchen schweben über dem Wasser; in
der Höhe kreist ein Fischadlerpaar. Da, ein Irrtum ist
unmöglich! Vom Palmbaum hängt's herunter und be-
wegt sich; zwei Affenschwänze! Nun werden auch die
dazu gehörigen Besitzer sichtbar. Jetzt ist's wirklich
Afrika! — So geht es fort, Stunde um Stunde. Jede Ecke,
jede Biegung gleicht der anderen. Immer nur derselbe
Wald, dasselbe gelbe Wasser. Die Monotonie steigert die
Gewalt dieser Natur ins Ungemessene. Man schließt die
Augen eine Stunde und, wenn man sie öffnet, erblickt
man wieder genau, was vorher schon da war. Der Ogowe
ist hier kein Fluß, sondern ein System von Strömen.
Drei oder vier Arme schlingen sich durcheinander. Da
zwischen füßen sich große und kleine Seen ein... Im
Mondenschein geht es weiter. Bald sieht man den Ur-
wald nur wie einen dunklen Saum am Ufer stehn, bald
streckt das Schiff an der dunkeln, unerträglichen Höhe
aufströmenden Wand entlang. Mild liegt das Licht des
Nachtgestirns über dem Wasser. In der Ferne Wetter-
leuchten. Nach Mitternacht wird das Schiff in einer
stillen Bucht verankert. Die Passagiere kriechen unter
ihre Moskitoneze...“

wenn auch von der Opposition aus angreifbar. 4 Punkte
selbstverständlich, 2 Punkte diskutabel, sieht so ein An-
trag aus, den man mit der stärksten Geste der deutschen
Parlamentsgeschichte beantwortet? Ich glaube doch nicht.
Angeichts dieser Tatsachen ist mir der Satz von Th.
in Nummer 39 des „Aufwärts“ in „Parlamen-
tarische Mauerung“ ganz unverständlich: „Man
kann sich deshalb der Auffassung der Opposition nicht
verschließen, daß einige der durch einfache Mehrheit ge-
faßten Entschlüsse verfassungsändernden Charakter ha-
ben.“ Ich möchte Herrn Th. ernstlich fragen und glaube,
daß diese Frage für alle Aufwärtsleser weitgehendes In-
teresse hat:
„Warum haben die Geschäftsordnungsveränderungen
verfassungsändernden Charakter?“
Was nun im Reichstag folgte, ist bekannt.
Ich ende, womit ich anfang. Auf dem glatten Parkett
des Parlamentarismus sind die Nationalsozialisten aus-
geglitten. Ihr Ausgleiten besteht darin, daß sie nicht
mehr die unbezweifelbare Wahrheit auf ihrer Seite ha-
ben. Andere Parteien können ohne sie existieren, weil sie
toleranter sind. Sie entrüsten sich nicht gleich über alles.
Allerdings wird ihre Propaganda den Nationalsozialisten
noch manche Dienste tun, wird sie vielleicht noch zur
stärksten Partei des Reichstags machen. Aber Propagan-
da allein ist nicht alles. Es muß auch eine akute Idee
sein, die propagiert wird. Als Hitler die Synthese von
national und sozial erfand, mußte ihm jeder Gutdenkende
zustimmen! Jetzt, nach der Sezession, ist das anders!
Viele fragen jetzt sogar, ob Hitler noch auf dem im Leip-
ziger Prozeß beschworenen Wege der Legalität wandelt.
Zu mindest braucht man die Gründe für die Sezession
nicht als zwingend gelten zu lassen. Sie werden, wenn
sie so weiter machen, immer alle anderen einig gegen
sich haben, wegen der gemeinsamen Ideen, die die an-
deren gegen die Nationalsozialisten zusammenschweißen
werden. Tragik!
Ry.

Der kommunistische Weltkampftag

im allgemeinen ruhig verlaufen.

— Berlin, 25. Februar. Die Meldungen aus dem Aus-
lande besagen, daß es auch dort am kommunistischen
„Weltkampftag“ zu keinerlei ernstlichen Zwischenfällen ge-
kommen ist.
In Moskau fanden große Arbeiterversammlungen
statt, bei denen die üblichen Reden gegen das Bürgertum
gehalten wurden. Es wurde dabei mitgeteilt, daß Mitte
März wieder ein „Weltkampftag“ stattfinden soll.
In Paris war das Stadtbild bis zum Abend völlig
unverändert. Da, wo Kommunisten Flugblätter ver-
teilen wollten, wurden sofort Verhaftungen vorgenommen.
Insgesamt wurden 100 Personen festgenommen.
In Wien hat das Polizeiaufgebot fast mehr Aufsehen
erregt, als der Demonstrationzug von etwa 3000 Mann.
Zu Zwischenfällen kam es nicht.
Bei Zusammenstößen in Warschau wurden einige
Kommunisten verletzt. Ein kommunistischer Abgeordneter
wurde empfindlich verprügelt.
In Budapest rotteten sich etwa 100 Kommunisten
zusammen, von denen zehn verhaftet wurden.
In Sofia verletzten Jugendliche Barrikaden zu
bauen. Sie wurden durch Schreckschüsse verjagt. In einer
Druckerei wurden 500 000 Aufrufe beschlagnahmt.
In Kopenhagen durchzog ein Zug von 3000 Per-
sonen die Straßen, ohne daß die Polizei eingegriffen
brauchte.
In Boston wurde ein Demonstrationzug von 10 000
Kommunisten von starken Polizeikräften gesprengt.

Plünderungen in Berlin.

Mehrere Polizeibeamte verletzt. — Schiffe aus dem
Arbeitsnachweis. — Ausräumung einiger Geschäfte.
— Berlin, 26. Februar.
Im Verlaufe des von den Kommunisten angefeht-
ten „Arbeitsnachweisfestes“ kam es in Berlin in ver-
schiedenen Stadtteilen zu Zusammenstößen zwischen De-
monstranten und der Polizei. Größere Zusammenrot-
tungen fanden in der Gormannstraße statt.
Zahlreiche Personen, die sich in den Räumen des
Arbeitsnachweises befanden, bewarfen aus den Fenstern
die unten Ordnung schaffenden Polizeibeamten mit
Biergläsern und Stühlen und gaben auch einige Schüsse
ab, durch die aber Beamte nicht verletzt worden sind.
Die Polizei ging darauf energisch gegen die Aufrührer
vor, räumte die Räume des Arbeitsnachweises und gab
schließlich eine Anzahl Schreckschüsse ab. Der Sach-
schaden ist erheblich. Die Demonstranten flüchteten in
die angrenzenden engen Straßen, lehrten aber, sobald
die Polizei zurückging, immer wieder zum Arbeits-
nachweis zurück, so daß die Straße mehrfach geräumt
werden mußte.
Zu einem weiteren schweren Zusammenstoß
zwischen Demonstranten und Schutzpolizei kam es in
Pantow. Hier gingen Polizeibeamte mit dem Gummi-
knüttel gegen die Demonstranten vor. Dabei wurde
ihnen heftiger Widerstand entgegengekehrt, und ein Ober-
wachmeister wurde durch einen Messerstich in die rechte
Hand, ein Oberleutnant durch Stöße mit einem Schlag-
ring im Gesicht verletzt. Vier der Täter wurden fest-
genommen.
Nur danach drangen etwa 15 jugendliche Per-
sonen — vermutlich Erwerbslose — in ein in der
Reinholdsdorfer Straße 11 gelegenes Buttergeschäft ein
und stahlen etwa zwei Zentner Butterwaren, mit
denen sie das Weite suchten. Polizei war schnell zur
Stelle und konnte noch zwei der Täter festnehmen.
Auch im weiteren Verlaufe des Tages flackerten
bald hier, bald dort Unruhen auf; so wurde auf dem
Privatmarkt am Humann-Platz Plünderungsversuche
unternommen. Bei der Wiederherstellung der Ordnung
erlitten auch hier zwei Polizeibeamte Verletzungen.

Im Anschluß an eine von den Kommunisten in
Leipzig-Bismarcksdorf einberufene Versammlung ver-
suchten die Teilnehmer trotz des Demonstrationsverbots
einen Zug zu bilden.
Ein Kommando Schutzpolizei, das einschreiten
wollte, wurde mit Steinen, Flaschen und anderen Ge-
genständen beworfen, auch sind aus den Reihen der
Angreifer Schüsse gefallen, so daß die Polizei zur
Schußwaffe greifen mußte. Die genaue Zahl der Toten
und Verletzten steht noch nicht fest, doch sind nach den
Mitteilungen des Polizeipräsidenten bis jetzt drei Per-
sonen getötet und acht verletzt worden.

geglitten. Ihr Ausgleiten besteht darin, daß sie nicht
mehr die unbezweifelbare Wahrheit auf ihrer Seite ha-
ben. Andere Parteien können ohne sie existieren, weil sie
toleranter sind. Sie entrüsten sich nicht gleich über alles.
Allerdings wird ihre Propaganda den Nationalsozialisten
noch manche Dienste tun, wird sie vielleicht noch zur
stärksten Partei des Reichstags machen. Aber Propagan-
da allein ist nicht alles. Es muß auch eine akute Idee
sein, die propagiert wird. Als Hitler die Synthese von
national und sozial erfand, mußte ihm jeder Gutdenkende
zustimmen! Jetzt, nach der Sezession, ist das anders!
Viele fragen jetzt sogar, ob Hitler noch auf dem im Leip-
ziger Prozeß beschworenen Wege der Legalität wandelt.
Zu mindest braucht man die Gründe für die Sezession
nicht als zwingend gelten zu lassen. Sie werden, wenn
sie so weiter machen, immer alle anderen einig gegen
sich haben, wegen der gemeinsamen Ideen, die die an-
deren gegen die Nationalsozialisten zusammenschweißen
werden. Tragik!
Ry.

Vier Tote in Leipzig.

Ein viertes Todesopfer der Leipziger Unruhen.

— Leipzig, 26. Februar. In der Nacht zum Donners-
tag ist der 24-jährige Arbeiter Hans Hertel an den Fol-
gen einer Kopfverletzung, die er bei den Unruhen in
Volkmarisdorf erhalten hat, im Krankenhaus gestorben.
Die Unruhen haben also ein viertes Todesopfer ge-
fordert.
Auch in Bremen und Penig
Polizeibeamte niedergestochen.
— Bremen, 26. Februar. Mittwoch gegen 22 Uhr sam-
melten sich im Stadtzentrum kommunistische Gruppen,
die zunächst von der Polizei zerstreut werden konnten.
Die Kommunisten erhielten jedoch Zugang und eröffneten
einen Steinhaufen auf die Polizei, die darauf von dem
Gummiknüppel Gebrauch machte. Ein Beamter wurde
durch einen Messerstich verletzt und mußte dem Kranken-
haus zugeführt werden. Ein zweiter Beamter wurde
durch einen Steinwurf verletzt.
— Chemnitz, 26. Februar. Als die Polizei bei einer
kommunistischen Demonstration in Penig eine gefehwi-
drige eiserne Fahnenstange entfernen wollte, wurde ein
Schupobeamter durch Messerstiche schwer verletzt. Drei
weitere Beamte erlitten leichtere Verletzungen.

Die täglichen kommunistischen Straßenüberfälle.

Zwei Nationalsozialisten von Kommunisten verletzt.

— Celle, 26. Februar. Am Mittwoch wurden zwei
Nat.-Sozialisten beim Flugblattverteilen von Kommuni-
sten überfallen und mißhandelt. Von der Polizei abge-
drängt, fielen die Tumultuanten über den Vorsitzenden der
NSDAP Gau Celle, Tierarzt Dr. Leber, und seinen Be-
gleiter her und verletzten beide durch Stiche und Schläge
schwer.

Sonst keine wesentlichen Störungen.

— Berlin, 25. Februar. Die aus allen Teilen Deutsch-
lands eingelaufenen Meldungen über den kommunisti-
schen Weltkampftag zeigen, daß es im wesentlichen zu
keinen größeren Störungen der Ruhe und Ordnung ge-
kommen ist.
Außer dem ersten Zusammenstoß in Leipzig, der vier
Tote verursachte, sind sonst nirgendwo Tote zu beklagen.
Verschiedentlich kam es zu größeren Zusammenrottungen
der Kommunisten, die dann auch die Polizei mit Steinen,
Latten und dergleichen angriffen. Nur aus Königsberg
und Saarbrücken wird gemeldet, daß es dabei Verletzte
gegeben hat. In Königsberg wurden auch drei Beamte
verwundet, einer durch einen Messerstich, einer durch
einen Flaschenwurf und ein dritter durch einen Biß in
die Nase.
In Hamburg hatte die Polizei einen Aufmarsch ge-
staltet, der in vier größeren Zügen nach der Moorweide
erfolgte. Etwa 700 Personen waren gekommen. Nach
einer Stunde erfolgte der Abmarsch reibungslos. Zu
Unruhen kam es nicht.
In Köln mußte die Polizei energisch vorgehen, da sie
mit Steinen beworfen wurde. Mehrere Verhaftungen
wurden vorgenommen. In München gingen mehrere
Hundertchaften Polizei mit blanker Waffe gegen die De-
monstranten vor. Auch hier wurden einige Kommunisten
verhaftet. In Ludwigshafen waren 22 führende Kom-
munisten in Haft genommen worden, die man in den
Abendstunden wieder freiließ.
In Braunschweig demonstrierte ein Zug von etwa 2000
Personen vor der Wohnung des Ministers Franzen.

Brünning fährt nicht nach Wien.

— Berlin, 26. Februar.
Wie amtlich mitgeteilt wird, wird Reichskanzler
Dr. Brüning wegen der bevorstehenden Entscheidungen
im Reichstag zu seinem Bedauern die in Aussicht ge-
nommene Fahrt nach Wien nicht ausführen. Die
deutsche Delegation unter Führung des Reichsaußen-
ministers Dr. Curtius wird im übrigen am 2. März
abends Berlin verlassen und sich bis zum 5. März in
Wien aufhalten. Der Delegation gehören an Staats-
sekretär Bänder, die Ministerialdirektoren v. Rauff-
mann, Ritter, Reinebeck, v. Heeren und Oberregie-
rungsrat Bland von der Reichskanzlei.

Wappengesetz vor dem Reichstag

Auch der Gesetzentwurf über die Zustimmung zum Genfer Handelsabkommen eingebracht.

— Berlin, 26. Februar.

Der vom Reichstag bereits genehmigte Gesetzentwurf gegen Wappenküßbrauch ist jetzt auch dem Reichstag zugegangen. Er erhebt die in der Notverordnung des Reichspräsidenten vom Juli 1930 enthaltenen Bestimmungen, die den unberechtigten Besitz von Siegel- und Stempelstempeln und das bewaffnete öffentliche Auftreten mit Strafe, und zwar im allgemeinen mit Gefängnis bedrohen und die nur bis Ende März d. J. Geltung haben sollten, zum Gesetz.

Der Reichsfinanzminister hat dem Reichstag den Gesetzentwurf zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes vorgelegt, der die Zustimmung des Reichstags bereits gefunden hat. Der Entwurf bringt u. a. Änderungen in der Besteuerung von Kraftwagenanhängern und ermächtigt den Minister, das Ende März ablaufende Kraftfahrzeugsteuergesetz mit diesen Änderungen neu bekannt zu geben.

Von den Reichsministern der Wirtschaft und der Finanzen ging ein Gesetzentwurf ein, der die Zustimmung zum Genfer Handelsabkommen vom 24. März 1930 ausspricht. Nach dem Abkommen beizugebenden Begründung kommt von den Verpflichtungen, die Deutschland zu übernehmen hat, die größte Tragweite dem Verzicht auf die Kündigung der mit den anderen Teilnehmerstaaten abgeschlossenen Handelsverträge zu. Nicht ausgeschlossen ist die Vonderung bestehender vertraglicher Abreden im Wege der Vereinbarung, allerdings vorbehaltlich des Kündigungsrechtes betroffener dritter Staaten. Die weitere Verpflichtung, Zollhöhen den Teilnehmerstaaten vor ihrer Inkraftsetzung anzudeuten und sich auf Verhandlungen über eine gütliche Verständigung einzulassen, kann, wie in der Begründung hervorgehoben wird, zu Unzulänglichkeiten beim Anlauf geben, da jeder Staat in von ihm als dringend angesehenen Fällen berechtigt ist, von einer Voranfrage abzusehen mit der Folge, daß auch die Verhandlungspflicht entfällt.

Das im Falle von Zollhöhen den betreffenden Staaten zuzehende Kündigungsrecht sei daher die einzige unbedingt eintretende Folge von Zollhöhen.

Der handelspolitische Ausschuss des Reichstags genehmigte den Handelsvertrag mit dem Freistaat Irland und das Zusatzabkommen zum deutsch-französischen Handelsvertrag. Der Antrag der Sozialdemokraten auf Wiedereinführung des zollfreien Gefrierfleischkontingents wurde von der Tagesordnung abgelehnt. Eine Entscheidung soll aber noch am Donnerstag erfolgen.

Landbund und Agrarprogramm.

Für wirksame und sofortige Ausnutzung gegebener Möglichkeiten.

Das Präsidium des Reichslandbundes veröffentlicht eine Erklärung zum Agrarprogramm der Reichsregierung; darin heißt es:

„Der Reichslandbund stellt fest, daß in dem Regierungsprogramm seine und der Grünen Front Forderungen auf Lastenentlastung für die schwermütigende Landwirtschaft fast völlig fehlen, und hält insbesondere an seiner bereits vorliegenden Kritik an der Diktatur fest. Vorbehaltlich der Stellungnahme im einzelnen kann trotzdem anerkannt werden, daß der Gesetzentwurf für die Reichsregierung weitere Maßnahmen schafft, selbständig auf allen Gebieten der landwirtschaftlichen Produktion den Schutz der nationalen Wirtschaft durchzuführen.“

Ob und wie weit dieser Deutung des Weges zur nationalen Wirtschaftspolitik ein wirkliches Verschreiten dieses Weges folgt, ist entscheidend für Wert oder Unwert der Regierungspolitik. Nach den schweren Enttäuschungen, die die deutsche Landwirtschaft gerade bei der Durchführung von vorhandenen Möglichkeiten zur Besserung ihrer Lage bisher erfahren hat, kann die Reichsregierung nicht durch Eröffnen weiterer „Möglichkeiten“, sondern nur durch erfolgsbringende tatsächliche Durchführung umfassender nationalwirtschaftlicher Maßnahmen die deutsche Landwirtschaft retten.

Dentist

wegen Fortgang des Wappengesetzes, per bald oder 15. März einen gläub. Dentisten zur Leitung ihrer Praxis. Eilangebot mit Zeugn., Bild und Referenzen an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten unter A 1207.

Betriebsleiter

Christl. gef., 34 J., ledig, mit guten Referenzen, Absolvent staatlicher techn. Lehranstalt, bei letzter Firma 7 Jahre tätig, sucht anderweitige Stellung. Angebote unter A 1212 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Der schönste und modernste

Blumenschmuck für Veranda, Balkon und Fensterbretter sind unstreitig meine echten oberbayerischen

Gebirgs-Hängenelken

Versand überallhin. Illustrierte Preisliste gratis und franko.

A. Gnadt, Versandgärtnerei, Trudering 461 (Oberbayern)

3-4jähr. Kind

zur Witterziehung gesucht, Erziehung des Elternhauses. Kinderhaus Heimgarten, Jugendheim (Dresdener) über Darmstadt.

Harmonium

gebraucht, billig und günstig abzugeben

H. Thunert & Söhne, Bad Oeynhausen Herforderstraße 47.

Neu erschienen:

D. W. Michaelis

Das Evangelium in der Wortverkündigung, in der Taufe und im Herrnmahl.

Preis 1.— M. portofrei.

Eine befreiende Schrift, fast möchte man sagen eine reformatorische Tat! Sie ist ein Ruf zur Buße, zur Abkehr von fest gewurzelten, fortgeerbten Anschauungen, die sich mit dem Evangelium nicht vertragen.

Gnadauer Verlag Bethel bei Bielefeld Postfachkonto Hannover 49370.

Osterflugblatt

Sonderausgabe unseres Sonntagsblattes „Für Herz und Haus“, ein vierseitiges Verteilblatt, geeignet zum Verteilen an Kirchtagen und auf Friedhöfen.

Probenummern stehen auf Wunsch zur Verfügung.

Das Stück kostet 2 Pfennig
Von 100 Stück ab portofrei
Von 500 Stück ab 25 % Preisnachlaß
Von 1000 Stück ab 40 % Preisnachlaß
Von 5000 Stück ab 50 % Preisnachlaß

Bestellungen erbeten an den

Blätterverlag der Anstalt Bethel

Abteilung „Herz und Haus“. Postfach Hannover 7382.

Im Sinn seiner bisherigen Kampfentschlüsse kämpft der Reichs-Landbund nach wie vor dafür, daß unter Freimachung von allen Abhängigkeiten die gegebenen Möglichkeiten sofort ungeschmälert und wirksam ausgenutzt werden.

Etat des Auswärtigen Amts.

Entfernung des Bälows-Bildes beantragt.

Im Haushaltsausschuß des Reichstags wurde die Entfernung des Bildes des früheren Reichsministers Bälows gefordert, u. a. von den konservativen Abgeordneten Strathmann und Westarp. Nach längerer Aussprache zog Strathmann seinen Antrag zurück und bat stattdessen den Reichstagspräsidenten, die Angelegenheit im Ältestenausschuß zu beraten.

Der Ausschuß ging dann zur Beratung des Haushalts des Auswärtigen Amts über. Berichterstatter Abg. Dr. Schnee (DVP.) führte aus:

Die Gesamthöhe des Etats des Auswärtigen Amts ist diesmal wesentlich geringer als im vorigen Jahre. Vom Auswärtigen Amt ist eine Denkschrift ausgearbeitet worden, die zu dem Ergebnis gelangt, daß sich die Auswärtigen Etats Deutschlands, Englands und Frankreichs ungefähr mit 5 Millionen Mark gleichstellen. Bemerkenswert ist, daß England seinen Postkassen gerade an den wichtigsten Plätzen in Paris und Washington doppelt soviel Bezüge gewährt als Deutschland seinen dortigen Postkassen. Für Kulturaufgaben enthält der englische Etat wesentlich geringere Ausgabenpositionen als der deutsche Etat.

Hoersch in Berlin.

Reichswehrminister Groener wird Maginot antworten.

— Berlin, 26. Februar.

Der deutsche Vorkämpfer in Paris, Herr v. Hoersch, hat Paris verlassen und eine kurze Reise nach Deutschland angetreten. Es handelt sich dabei um einen der üblichen Besuche des Vorkämpfers in der Heimat. Auch diesmal wird Vorkämpfer von Hoersch im Auswärtigen Amt vortreten und im Ministerium die politische Lage erörtern.

Wie weiter bekannt wird, wird Reichswehrminister Groener bei der Beratung des Behehrats auf die Rede antworten, mit der der französische Kriegsminister Maginot in der Kammer Frankreichs Verpflichtung zur Abrüstung in Zweifel zog. Maginot hatte dabei den Standpunkt vertreten, Frankreich sei im Augenblick nicht in der Lage, eine Herabsetzung seiner Rüstungsausgaben vorzunehmen, wenn es nicht seine Interessen gefährden wolle. Wenn man ein internationales Recht wolle, so dürfe man nicht, so äußerte sich Maginot, alle Völker auf einen gleichen Fuß stellen. Die Angreifer müßten eine schärfere Begrenzung ihrer Rüstungen vornehmen als die Mächte, die keinen Angriff unternommen hätten.

Offenkundig wird die Antwort des deutschen Reichswehrministers recht deutlich ausfallen.

Gegenregierung in Südpern.

Die Garnison Cuzco leistet Widerstand.

Die neuen Revolutionsunruhen in Peru haben nun dazu geführt, daß sich im Süden eine eigene Regierung unter der Bezeichnung „Junta des Südens“ gebildet hat. Die Truppen der Garnison Cuzco hat sich der Regierung zur Verfügung gestellt. Die Autonomieerklärung ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß die lokalen Interessen jener Bezirke von der Zentralregierung in Lima nicht ausreichend berücksichtigt werden konnten.

Am die Verteilung der Kredite.

Bankvertreter bei der Reichsregierung.

Unter Vorsitz des Reichsministers fand eine eingehende Aussprache mit Vertretern der Landes-Zentralkreditgenossenschaft und des Reichsverbandes statt, um Maßnahmen zur Verteilung der Kredite zu erörtern. An der Besprechung nahmen u. a. teil Mi-

nisterpräsident Braun, die Reichsminister Schiele und Treubmann, Reichsbankpräsident Dr. Luther, der preussische Landwirtschaftsminister Dr. Steiger und die Staatssekretäre Geib, Dr. Trendelenburg und Schäffer teil.

Die Besprechungen ergaben eine volle Übereinstimmung. Es sollten weitere Erörterungen angestellt werden, welche Maßnahmen auf dieser Grundlage zu treffen sind.

Die Beratungen wurden nach weiteren Besprechungen in Kürze fortgesetzt werden.

Broll nicht geisteskrank.

— Berlin, 26. Februar. Der Handlungsgehilfe Alois Broll, der in das Büro des Reichspräsidenten in der Wilhelmstraße eindrang und mit einem Revolver den diensttuenden Beamten bedrohte, wurde nach seiner Festnahme dem Kreisarzt vorgeführt. Da die Untersuchung ergab, daß Broll nicht geisteskrank ist, wurde er dem Schutzbüro der Polizei eingeliefert.

Zu den Gräberfunden in Jerusalem.

Herr P. coll. Paul Koch in Buxtehude macht mich auf Luk. 3, 26 aufmerksam. Dort wird unter Josephs vorerwähnten Vorfahren ein „Joseph“ genannt. Die wichtige sinaitische und ebenso die vatikanische Handschrift und mehrere sehr wichtige Uebersetzungen bieten aber statt dessen den Namen „Joseph“, bzw. „Jofse“. Hiermit wäre der Name der betreffenden Inschrift als tatsächlich vorkommend belegt, müßte aber nicht gleich Joseph, sondern gleich Jehoseph gelesen werden. Da das Hebräische keine Vokale kennt, war mein Irrtum verzeihlich. Joseph und Jehoseph sind trotz des scheinbaren Gleichklanges ganz verschiedene Namen und Jesu Pflegevater führte bestimmt den ersteren. Uebrigens hat ein anderer jüdischer Dozent der hebräischen Universität Jerusalem ein Buch über (besser: gegen) Jesus geschrieben, in welchem er sich die Ergebnisse der liberalen Evangelienkritik zunutze gemacht. Ich glaube, daß es in Anbetracht dieser Tatsachen angebracht wäre, die Frage aufzuwerfen, ob die Durchforschung Jerusalems nach Zeugnissen der Vergangenheit durchaus und überall in den richtigen Händen liegt.

Göttingen

J. Vorking, Pfr. i. R.

12. Bänder Konferenz.

Auf die schon einige Male durch Anzeigen angekündigte 12. Bänder Konferenz zur Erweckung und Vertiefung des Glaubenslebens soll auch hier noch einmal hingewiesen werden. Diese Konferenz hat sich als eine Einrichtung eingebürgert, die sehr weite Kreise der kirchlichen und des christlichen Lebens als eine erste Notwendigkeit ansehen. Die für die diesjährige Konferenz, die vom 3. bis 6. März stattfindet, angekündigten Vorträge sind wohl geeignet, das innere Leben der Christengemeinde zu stärken und zu festigen. Wir machen noch einmal aufmerksam auf das Programm, das in der Sonntagsnummer noch einmal erscheint.

(1) Hinweis: Als dankbarer Schmelz für Balken, Fensterbretter, Veranden usw. können nicht genug die oberbayerischen Gebirgs-Hängenelken empfohlen werden, die erreichen nachweislich ein Alter bis zu 20 Jahren und bilden mit ihren herabhängenden Ranken und weithin dufenden, dicht gefüllten Blüten einen reizenden Anblick. Zu beziehen in allen Farben, weiß, gelb, rosa, dunkelbraun, leuchtendrot usw. durch A. Gnadt Versandgärtnerei, Trudering 161 (Oberb.). Auf Anfrage illust. Preisliste gratis und franko.

Bethel.

— Christlicher Verein junger Männer. Heute 8 Uhr Jungvolkabend. Freitag 8,30 Uhr Bibelstunde, Herr Pastor Lic. Schlatter über Jesaja 1. Sonntagabend 8,30 Uhr Weibkreuzstunde in Kapernaum. (Offen für alle Gruppen).

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. G. Guttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Hochfeiner la Bienen-schleuder Honig

garantiert reiner, hellgelb., 10-Pfund-Dose 10,80 RM franko, 5-Pfund-Dose 6.— RM franko. Versand Nachn. Garant. Zurückn.

Heermann'scher Honigversand Werthe 1. H. Nr. 183.

Pastor Felkes Magenstärker

hilft bei allen Magenbeschwerden ganz hervorragend. Erhältlich in den Apotheken, wo nicht, direkte Zusendung ohne Preisanschlag franco gegen Nachnahme (Mk. 3,50 d. Fl.) durch die allein berechnete Herstellerin:

Firma Hermine Schmitz, Duisburg Fabr. pharmaz. Präparate, gegr. 1903

Wissenschaftl. Töchterheim „Tannenbergs“

Bad Sachsa (Südharz) (vorm. A. Potthoff)

Stellt 3. 15. April 4-6 Hausstöchter ein aus gebildeten Familien zur Erlernung des Haushalts, Handarbeiten, gesellschaftl. und wissenschaftl. Fortbildung, Sport, Besuche. — Zugabe von monatl. RM. 80.— Auskunft durch: Fr. Dr. Schnabel, Bad Sachsa, Osterstraße 1-5.

Töchterheim

des Diakonissenhauses Kassel

staatlich anerkannte Haushaltungsschule, Landgraf Karlstr. 23, bietet jungen Töchtern Gelegenheit, sich zu tüchtigen Frauen und Müttern auszubilden. Näheres Prospekt.

In jedem evangelischen Hause

mit Rundfunkanschluß muß das richtige Rundbuch durch die Sendeprogramme vorhanden sein. Die einzige auf evangelischer Grundlage aufgebaute Rundfunk-Programmzeitschrift ist

„Der Rundfunkhörer“

Er bietet:

Ausführliche Programmübersicht aller Sender, orientierende Artikel, Unterhaltungsteil, Bastel- und Rätselheft, gute Bilder

Er kämpft:

Gegen Politisierung des Rundfunks für evangelischen Rundfunkwillen

Er kostet:

Reichsausgabe (48 Seiten stark) monatlich nur 90 Pfg. (zusügl. 6 Pfg. Postbestellgeld) Probeheft umsonst vom Verlag Hamburg 1, Gr. Bäckerstraße 5-7

Jeder neue Bezieher stärkt die evang. Rundfunkfront

Nr. 50.

Wer hat's?
Der hat's!
Im K...

Wie die

Erdenröße
meinsten
schieden. V
reicher Z
musik". S
kämpfe mit
sen. Wanda
Stätte kenn
die Stätte i

Nehmen
schaft. Die
solche Zeite
leben müßte
Berufungen
früher mod
wie er sich,
Bürgern ge
bewegung"
eine Profess
gesagt, ande
dings mehr
und unbes
wurde er z
zwischen St
Auflösung d
solchen, wur
mischer Zug
akademische
ren Stand 4

Handelte
rufen und
tenseiten zu
Mann, so p
fort und zu
reichte, daß
Professor d
ist der „Ge
— wie wir
delberger Z
dem Bereich
men sind. (g
gekommen
schen Brief
Aufsatz „Ru

Nehmen
denne“
Schon das
gegebene
Kirche erklä
die Sachen!
überhaupt

Allein, e
heute wenig
die Kirche
eben nur, n
ind die Ro
Vor 70 Jah
gerade aus
freuen, wie
durchkreuzt
Osterverkür
rungen und
Großherzog
„aufsteilen
Raum strö
ein und we
von oben, f
nach der W
wollen gen
dabei auf
auch beginn
dann ist sie
ausgeschalt
Ober aber f
Welt gewin
den Schaden
mand wieder